



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/277 - 28.11.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21931-33  
Fernschreiber 039890

Zwischenkredit für Daniel	S. 1
Klarstellung im "Christian Science Monitor"	S. 3
Warum nur in Englisch ? (Zu einer Erkenntnis im " Bulletin ")	S. 4
Karneval in der Sowjetzone	S. 5

## Ein Pyrrhus-Sieg

A.E. Die bevorstehende Neuwahl des französischen Staatspräsidenten und das von allen französischen Abgeordneten im Falle eines Sturzes der Regierung befürchtete Nichterscheinen Frankreichs auf den Bermudas, haben das Leben des Kabinetts Daniel vorläufig gerettet - ein Leben ohne Kraft und Auftrag. Der Verwirrung in der Nationalversammlung entsprach die im Kabinett, noch im letzten Augenblick drohte Außenminister Bidault mit seinem Rücktritt und Daniel konnte seine gaullistischen Minister nur bei der Stange halten, indem er noch mehr Wasser in die ohnehin schon bis zur Unkenntlichkeit verdünnte EntschlieÙung hineingießt. Sie bezieht sich weder auf die Integration, noch auf die Europa-Armee und dies, wie ein Pariser Berichterstatter bemerkte, nach Abschluß einer Debatte, die der Regierung gerade in diesen beiden Fragen Richtlinien geben sollte.

Frankreich ging aus dieser, die Nation tief aufwühlenden Auseinandersetzung führungslos hervor. In Fragen der Europapolitik besitzt die Regierung Daniel weder Autorität, noch eine präzise Orientierung, noch eine klare Vorstellung über die nächsten einzuschlagenden Schritte. Die Furcht vor Deutschland bleibt das beherrschende Motiv der französischen Außenpolitik, eine Furcht, die das französische Parlament sich im Kreise drehen läßt und aus der es sich anscheinend nicht lösen kann.

Das Schauspiel, das Paris in diesen Tagen bot, widerspiegelt jedenfalls mehr echte europäische Wirklichkeit als die Phantasien jener Europaenthusiasten, die sich in eine Welt von Wunsch-Vorstellungen flüchten. Darin liegt der recht relative Wert und Vorzug dieser französischen Europa-Debatte. Sie zeigte mit einer ernüchternden Offenheit die schwache Verwurzelung des Europegedankens bei unseren westlichen Nachbarn. Für die meisten Franzosen, einschließlich der Urheber der Montan-Union und der EWG, ist dieses Europa mehr gedacht und geplant als Instrument der Sicherheit gegen Deutschland. So konnte es bei dieser Einstellung nicht Wunder nehmen, daß gewissermaßen als Auftakt zu dieser Europe-Debatte die Nationalversammlung fast einstimmig die französisch-saarländischen Konventionen billigte, jene Konventionen, die Frankreich ein Wirtschaftsmonopol an der Saar sichern und die Saar auch politisch von Deutschland lösen. Diese Vorwegnahme einer nur dem Friedensvertrag vorzubehaltenden Regelung besagt mehr über die Europe-Vorstellungen Frankreichs als alle Beteuerungen.

Daß Frankreich unter dem Schild des Europe-Gedankens erfolgreich bestrebt ist, seine eigene nationalpolitische Machtposition zu Ungunsten der Bundesrepublik auszubauen, ist das folgerichtige Ergebnis der Politik des Bundeskanzlers und der ihn stützenden Parteien. Es läßt sich auf die einfache Formel bringen: je "europabetonter" sich die Bonner Regierung gibt, je mehr sie ihre Ungeduld sichtbar werden läßt, auf dem Wege über die EWG recht bald in den Besitz eines militärischen Machtinstrumentes zu gelangen, umso mehr wächst in Frankreich das Mißtrauen und in seinem Schatten das Verlangen, noch mehr Zugeständnisse von Deutschland im Namen Europas zu erhalten.

Es ist, in diesem Zusammenhang betrachtet, gewiß kein zeitlicher Zufall, sondern ein symbolhafter Vorgang, daß in diesen Tagen einer extremen Unsicherheit der französischen Situation in Den Haag über den Aufbau einer Politischen Europäischen Gemeinschaft beraten wurde - ohne legitimierte französische Beteiligung. Herr Bidault aber kam nur für einige Stunden in die niederländische Hauptstadt, um mit dem Bundeskanzler über die Saar zu sprechen, deren Loslösung aus dem deutschen Staatsverband am Beginn einer französischen Europapolitik stehen soll. Der deutschen Öffentlichkeit aber wird ein Europebild vorgegaukelt, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat, sondern nur einem sehr einseitigen Wunschbild entspricht ...

Klare Antwort

In der amerikanischen Zeitung "Christian Science Monitor" wurde vor kurzem in einem Artikel behauptet, daß Sozialismus und Kommunismus in ihrer Zielsetzung und in ihren Methoden gleich seien. Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Amerikas, Norman Thomas, trat dieser Auffassung in einem Schreiben an die Zeitung entgegen, das diese wiedergab. Norman Thomas schreibt unter anderem:

"Der Verfasser Ihres Artikels ist einer der vielen, die Sozialismus und Kommunismus miteinander verwechseln. Die Leute, die dies tun, handeln entweder aus Unwissenheit oder vorsätzlich. Ihr Artikelschreiber scheint aufrichtig zu glauben, was er sagt, dennoch irrt er.

Die Sozialisten sind die schärfsten Kritiker der Kommunisten, weil die Kommunisten, dort, wo sie herrschen, einen Polizeistaat aufgerichtet haben. Die gesamte Theorie des demokratischen Sozialismus ist aber ebenso gegen den kommunistischen wie gegen den faschistischen Totalitarismus.

In Europa sind es gerade die Länder mit einer starken sozialistischen Partei, die am wenigsten in Gefahr sind, totalitär zu werden. Schauen Sie beispielsweise auf die skandinavischen Länder und auf England.

Betrachten Sie die Rolle der Sozialisten in Berlin und in Österreich im Kampf gegen die Kommunisten. Erinnern Sie sich daran, daß die Sozialisten stets die Hauptopfer waren, sowohl dort, wo die Kommunisten an der Macht sind, als auch dort, wo die Nazis an der Macht waren.

Es wäre Zeit, daß unsere Kritiker die sozialistische Literatur lesen und endlich lernen, daß die Sozialisten niemals gesagt haben, daß der Sozialismus durch eine auch nur vorübergehende Diktatur verwirklicht werden könnte. Die sozialistische Theorie ist weit mehr mit der Wirklichkeit in Kontakt als die Theorie jener, die Unsinn über das "freie Unternehmertum" reden und dann für Regierungssubventionen für private Unternehmer, einschließlich der Farmer, stimmen".

+ + +

Ein Lichtblick

p. Man soll an seinem politischen Gegner kein gutes Haar lassen - war offenkundig das Leitmotiv der Koalition, besonders in den letzten Monaten vor den Wahlen. Auch nach den Bundestagswahlen wurde es noch in Hamburg, man muß schon sagen schamlos, angewendet. Die deutsche Öffentlichkeit sollte offenbar den Eindruck bekommen, als ob es sich bei den Sozialdemokraten im wesentlichen um einen Haufen machthungriger Funktionäre handelt, die nicht etwa aus politischer Überzeugung, sondern vorwiegend aus materialistischen Gründen "die Werkbank mit einem Regierungsschreibtisch und das Fahrrad mit einem Mercedes vertauschen" wollten. Dabei war es besonders beliebt, die Sozialdemokraten gern jeweils als Wegbereiter oder Nutznießer der Bolschewisten darzustellen.

Nach diesen häßlichen Auswüchsen in der politischen Auseinandersetzung wird es in allen demokratischen Kreisen begrüßt werden, wenn - und geschehe es auch zunächst nur vereinzelt - in Deutschland der Ton wieder ruhiger und sachlicher wird, um der Wahrheit und dem echten Gespräch zwischen verschiedenen Meinungen den Weg zu ebnen.

Von sozialdemokratischer Seite hatte Ollenhauers Rede zur Regierungserklärung am 28.10. bewiesen, wie ernst es der Opposition ist, der Politik anstelle der Polemik den Vorrang zu lassen. Als einen Beitrag zu solchem Bemühen kann, so hoffen wir, auch ein Artikel gewertet werden, der im letzten englischsprachigen Bulletin der Bundesregierung (26.11.) über die sozialdemokratische Opposition erschienen ist. Niemand wird erwarten, daß wir jede darin enthaltene Interpretierung als völlig richtig akzeptieren. In einer Atmosphäre sachlicher Auseinandersetzung ist das auch weniger ausschlaggebend als die Anerkennung, daß es sich hier von Seiten des Herausgebers um den Versuch handelt, die Rolle und Problematik der SPD so objektiv wie möglich darzustellen.

So befindet sich in diesem längeren Artikel immerhin ein Satz der lautet: "Der Kommunismus hat keinen unversöhnlicheren Gegner als die Sozialdemokratische Partei". Oder die Anerkennung, daß die Partei "in der richtigen Richtung zu gehen scheint mit ihrer Entscheidung, die Rolle der Opposition klar und in passender Form auszuüben, um durch überlegene Argumentation die Regierung zu überzeugen". Sie hat sich nie um etwas anderes bemüht, aber daß dieses Bestreben jetzt anerkannt wird, ist so neu wie erfreulich.

Es ließen sich noch viele interessante Feststellungen zitieren, die in manchen Ohren überraschend klingen werden. Weit über den Rahmen der Sozialdemokratie hinaus würde man sich freuen, wenn das eingangs erwähnte Leitmotiv der Koalition einer verantwortlichen Haltung gegenüber Andersdenkenden Platz machen würde. Wäre es zu anspruchsvoll zu erwarten, daß solche Verlautbarungen der Bundesregierung nicht nur englisch sprechenden Lesern, sondern gelegentlich auch der deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden könnten?

+ + +  
Brot und Spiele

R.G. Panem et circenses, Brot und Spiele, das ist gewiß schon einige tausend Jahre vor den alten Römern das Rezept der Tyrannen zur Sicherung ihrer Herrschaft und zur Entfachung der Begeisterung ihrer Untertanen gewesen. Und es ist auch heute noch die bewährte und gültige Formel, mit der sich am leichtesten ein Volk regieren läßt.

Und also hat man auch in der sowjetisch besetzten Zone sich heute jener Formel erinnert und aller Ablehnung kapitalistischer Bräuche zum Trotz ein Pläsierchen befohlen: In diesem Jahr wird Karneval gefeiert!

Getreu dem Vorbild des kapitalistischen Westens hat dieser Karneval pünktlich am 11.11., 11 Uhr 11 begonnen, und es hat sogar, wie berichtet wird, an diesem Tage ohne jede Unterbrechung elektrischen Strom gegeben, damit das Fest in vollem Glanz erstrahle. Nur hat dann, wie weiter von diesem Karneval berichtet wird, anderen Tages der verschwenderische Glanz durch Verdoppelung der Stromabschaltungen wieder aufgeholt werden müssen, auf daß man das Soll der Elektrizitätswerke nicht überfordere.

Wozu es dann weiter nicht gereicht hat in jenen so sorgsam regierten Ländern, wo sogar das Vergnügen ein Staatsakt ist, das sind Kohlen und Kartoffeln, das sind Wärme und Brot. Denn noch immer hängen "drüben" in den Schaufenstern jene bekannten Schilder, die in der Zeit vor der Währungsreform auch bei uns zu sehen waren: Heute keine Kartoffeln, heute keine Fische, heute keine Kohlen.

Und so ist es also nichts mit der schönen Formel von den Spielen und vom Brot, denn sie wird nicht wirksam sein, wenn man sie willkürlich in die Parole "Spiele statt Brot" abändert. Da hilft denn nichts als die brutale Tyrannei, an der es ja denn auch - und besonders im "Neuen Kurs" - nicht fehlt.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau